



Birso zu Straßenausbaubeiträgen in Pößneck: "Praktisch Steuer bis an's Lebensende"

Birso ist gegen wiederkehrende Straßenausbaubeiträge in Pößneck und begrüßt die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Gera.

Pößneck. Die Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla (Birso) begrüßt die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Gera zur Ablehnung des Bürgerbegehrens für die Einführung von wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen in Pößneck.

" Im Gegensatz zu den Antragstellern lehnt die Birso einmalige und wiederkehrende Ausbaubeiträge grundsätzlich ab. Beide Erhebungsarten sind für Grundstückseigentümer und Mieter ungerecht, weil kein besonderer Vorteil entsteht", so Birso-Vorsitzender Wolfgang Kleindienst in einer Mitteilung.

Für die Instandhaltungen, Verbesserungen, Erneuerungen und Reparaturen sollte wie bei Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen Steuergelder des Staates verwendet werden, fordert er. Auch die Bürgerallianz, der Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen, deren stellvertretender Vorsitzender Kleindienst ist, lehnt wiederkehrende Straßenausbaubeiträge ab.

Die Rechtswidrigkeit der Satzung zur Erhebung von wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen (Az. 4 K 551/07 Ge) sei bereits festgestellt worden. "Den Antragstellern hätte auch klar sein müssen, dass es in Pößneck mehrere Abrechnungseinheiten geben muss, die wiederum zur erneuten Rechtswidrigkeit führen. Seit mehreren Jahren hat die Fraktion der Birso im Stadtrat Pößneck darauf verwiesen", erklärte Kleindienst. Der Stadt Pößneck sei nach seinen Angaben ein Schaden von mindestens 85 000 Euro durch Rückzahlung eingenommener Beiträge und 35 000 Euro Zinsen entstanden. In Pößneck habe sich mit diesem Urteil auch erwiesen, dass wiederkehrende Straßenausbaubeiträge nur scheinbar günstiger seien und politisch oft als tragbare Variante missbraucht würden. "Sie sind praktisch eine Steuer bis an das Lebensende und bewirken einen sehr hohen Verwaltungsaufwand durch eine ständig neue Rechtsprechung", so Kleindienst. Da mit den jährlichen Einnahmen von wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen in Pößneck die Personal-, Gerichts- oder Anwaltskosten annähernd gedeckt werden, erachtet die Birso die Erhebung dieser Abgaben schon als wirtschaftlich problematisch.

Kein Volksentscheid zu wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen in Pößneck

OTZ / 17.08.13 / OTZ